

Grundprobleme von Volkswirtschaften

Bei der Organisation einer Volkswirtschaft stellen sich drei grundlegende Fragen.

Was soll produziert werden?

Welche Güter sollen in welchen Mengen erstellt werden?

Wie soll produziert werden?

- Welches Produktionsverfahren (Technologie) soll verwendet werden?
- Welche Produktionsfaktoren sollen in welcher Menge eingesetzt werden?

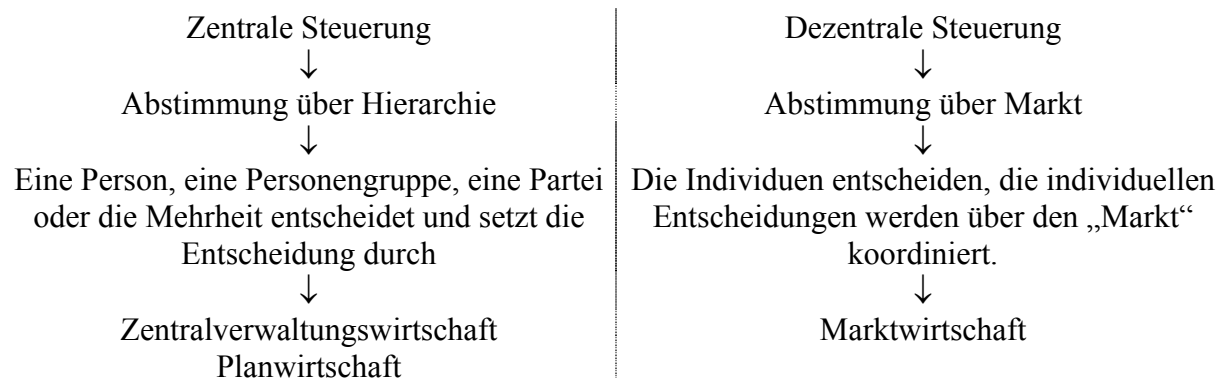
Wie soll das Produktionsergebnis verteilt werden?

- Wer bekommt die Güter?
- Nach welchen Kriterien erfolgt die Zuteilung der Güter?

Die ersten beiden Fragen nennt man auch das volkswirtschaftliche Allokationsproblem, die letzte Frage betrifft das Distributionsproblem.

Lösungsansätze

Bei dem Versuch, die vorgenannten Fragen zu beantworten, lassen sich zwei völlig entgegengesetzte Standpunkte unterscheiden. Entweder werden die notwendigen Entscheidungen von einer **zentralen** Stelle aus gefällt oder die Entscheidungen werden von den einzelnen Menschen in einem Land dezentral gefällt.



Funktionsweise der Wirtschaftssysteme

Aufgabe: Angenommen, die Bewohner einer Stadt wünschten pro Jahr von insgesamt 50 t Müll befreit zu werden. Da es sich dabei jedoch um eine unangenehme Tätigkeit handelt, mögen sich nur wenige Arbeiter dafür bereit finden, so dass beispielsweise nur 20 t Müll entfernt werden können.
Versuchen Sie für das Problem verschiedene Lösungsansätze zu finden.

Als sich nach dem 2. Weltkrieg Deutschland zusammen mit den Besatzungsmächten über die neu einzurichtende Wirtschaftsordnung beriet, fiel die Entscheidung zugunsten der Marktwirtschaft. Ausschlaggebend waren nicht zuletzt die gravierenden Probleme, die eine Zentralverwaltungswirtschaft mit sich bringt.

Probleme der Planwirtschaft

1. Informationsprobleme:
- Der Bedarf von Millionen Konsumenten muss ermittelt und statistisch aufbereitet werden. Dabei werden die Haushalte bei einer Befragung hinsichtlich ihres Bedarfs tendenziell **übertreiben**, d. h. höhere Mengen angeben als notwendig.
 - Die Produktionsmöglichkeiten von Tausenden Unternehmen müssen ermittelt und zusammengefasst werden. Dabei werden die Unternehmen bei einer Befragung hinsichtlich ihrer Produktionsmöglichkeiten tendenziell **untertreiben**, d. h. geringere Mengen angeben als möglich sind.
- Fazit: Die zentrale Planungsstelle wird fortlaufend systematisch fehlinformiert sein.
2. Koordinationsprobleme:
- Die Abstimmung von Millionen Konsumplänen und Tausenden Produktionsplänen dürfte selbst modernste Informationsverarbeitungskapazitäten überfordern.
 - Zudem sind die Pläne für gewisse Zeiträume stets starr. Damit werden Änderungen in Bedarfs- und Produktionsstrukturen nur unzureichend erfasst.
3. Motivationsprobleme: Ein ausschließlich plangesteuertes System wirkt tendenziell demotivierend.
- Unternehmen haben kaum Anreize Qualitätsverbesserungen durchzuführen, da die Abnahme der Güter ja nach Plan gesichert ist.
 - Unternehmen haben keine Anreize eine mengenmäßige Übererfüllung der Pläne durchzuführen (das Gegenteil dürfte der Fall sein!)
 - Konsumenten haben keine Anreize, mit Gütern, die in hinreichender Menge vorhanden sind, sparsam umzugehen.

Die Entscheidung gegen die Planwirtschaft und für die Marktwirtschaft ist jedoch keinesfalls dahingehend misszuverstehen, dass eine (freie = uneingeschränkte) Marktwirtschaft keine Probleme mit sich brächte.

Probleme der Marktwirtschaft

1) Notwendigkeit eines Rechtsrahmens

In der Planwirtschaft „gehören“ die wichtigsten Produktionsmittel dem Staat, da nur unter dieser Voraussetzung der Staat planen und bestimmen kann, in welchem Betrieb welche Güter produziert werden sollen. Soll der einzelne Unternehmer selbst bestimmen, was er in welchen Mengen herstellen und anbieten will, muss er auch Eigentümer der Produktionsmittel sein. Dazu muss das Recht am privaten Eigentum geschützt werden. So bestimmt das Bürgerliche Gesetzbuch in § 903: „Der Eigentümer einer Sache kann ... mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen.“

Da in einer Marktwirtschaft die Güter nicht über Pläne zugewiesen sondern über Märkte per Vertrag getauscht werden, muss ein Vertragsrecht eingerichtet werden.

Ein wichtiger Rechtsgrundsatz in marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften besagt: „Verträge sind zu halten!“

Beachten Sie, dass durch den Rechtsrahmen in Marktwirtschaften nur die Spielregeln festgelegt werden, unter denen gewirtschaftet wird; die Gesetze legen nicht inhaltlich fest, was jemand zu tun hat.

Aufgabe: Versuchen Sie sich den Unterschied zwischen dem Festlegen von Spielregeln und „inhaltlichen“ Vorschriften klar zu machen.

2) Externe Effekte

Die marktwirtschaftliche Steuerung wirtschaftlicher Entscheidungen über Märkte funktioniert nur dann optimal, wenn alle Folgen einer wirtschaftlichen Entscheidung auf den Entscheidungsträger zurückfallen. Bei der Frage, welche Menge von einem Gut angeboten werden soll, orientiert sich z. B. der Unternehmer an den Kosten der Herstellung und an den Erträgen beim Verkauf des Produktes. Genau wegen dieses abwägenden Verhaltens ergibt sich auch gesamtwirtschaftlich ein optimales Ergebnis. Dies ist jedoch nicht der Fall, wenn Kosten oder Erträge entstehen, die nicht den Unternehmer sondern einen Dritten treffen. Es entstehen sogenannte „Externe Effekte“.

Negative externe Effekte (Externe Kosten) führen dazu, dass gesamtwirtschaftlich ein zu hohes Produktionsniveau realisiert wird.

Beispiel: Ein Unternehmer betreibt eine Umzugsunternehmen. Die Erträge entstehen durch den Verkauf der Leistung an Konsumenten, die Kosten entstehen durch den Betrieb der Lkw, die Mitarbeiter, Miete etc. An der Zufahrtsstraße zu der Spedition stehen 10 Ein-Familienhäuser, die durch die Lärmbelastung und die

Abgase fortlaufend beeinträchtigt werden. Sechs Familien haben sich bereits stärkeres Fensterglas einbauen lassen, zwei Familien sind in ärztlicher Behandlung bei einem Internisten wegen Kopfschmerzen. Müsste der Spediteur diese Kosten, die die Haushalte treffen selbst tragen und würden den Spediteur die genannten Beeinträchtigungen selbst treffen, so würde er seinen Betrieb sicher drosseln. Die Abwägung von Kosten und Nutzen würde sich verändern.

Positive externe Effekte (Externe Erträge) führen dazu, das gesamtwirtschaftlich ein zu niedriges Produktionsniveau realisiert wird.

Beispiel: Ein Kernkraftwerk benutzt das Flusswasser, um seinen Reaktor zu kühlen. Flussabwärts befindet sich ein Fischereibetrieb. Die Erträge des Fischereibetriebs sind umso höher, je wärmer das Flusswasser ist. Bei der Abwägung, wie viel Strom das Kernkraftwerk produzieren soll, orientiert es sich an den Kosten der Energieerzeugung und den Erträgen aus dem Stromverkauf. Den positiven Einfluss, den die Stromerzeugung auf den Fischereibetrieb ausübt, lässt das Kraftwerk außer acht.

3) Mangelnder Schutz sozial Schwacher

Grundidee der Marktwirtschaft ist, dass jeder Mensch am besten selbst entscheidet, wie viel Arbeitskraft er anbietet um Einkommen zu erzielen, welchen Anteil seines Einkommens er spart, welche Güter er konsumiert etc. Dahinter steckt die Vorstellung, jeder Mensch sähe sich stets einer bestimmten Anzahl von Entscheidungsalternativen gegenüber, aus der er nach rationalen, wirtschaftlichen Gesichtspunkten (ökonomisches Prinzip) die bestmögliche Alternative auswählt (Konzept der Konsumentensouveränität). An dieser Vorstellung wurde vielfach Kritik geübt.

- Eingeschränkte Chancengleichheit: Sowohl die Ausstattung der Menschen mit persönlichen Talenten wie auch die Sach- und Finanzkapitalausstattung sind gleichmäßig verteilt. Ebenso haben nicht alle gleichen Zugang zu entscheidungsrelevanten Informationen, so dass es in Marktwirtschaften stets auch von vorne herein Benachteiligte geben wird.
- Menschen geraten in unverschuldete Notlagen. Sie können möglicherweise den Produktionsfaktor Arbeit nicht mehr anbieten und daher auch kein Einkommen mehr erzielen.
- Zuweilen gibt es nur Entscheidungsalternativen, die mehr theoretischer Natur sind. Ein Maler und Lackierer wird nicht kurzfristig Computer programmieren können, ein Programmierer wird nicht von heute auf morgen zu einem guten Handwerker.

- Bei der Auswahl optimaler Entscheidungsalternativen wird der Mensch immer mit seiner beschränkten Informationsverarbeitungskapazität konfrontiert. Die Entscheidung für einen bestimmten Ausbildungsgang kann sich z. B. langfristig als Fehlentscheidung herausstellen.
- In einer Marktwirtschaft ist eine Leistung stets nur das wert, was die Nachfrager ihr an Wert zumessen! Erfährt eine Leistung keine Wertschätzung, eignet sie sich nicht zum Tausch. Der Wert der Leistung „Renovierung einer 100 qm-Wohnung“ beträgt möglicherweise nur ein Bruchteil eines Pinselstrichs von Picasso. Kurz: Der Anbieter einer Leistung ist extrem von der Wertschätzung seiner Leistung durch die Nachfrager abhängig.

Insgesamt folgt aus den genannten Problemen, dass eine Marktwirtschaft „pur“ zu teils unerwünschten Effekten führt. Hier ist der Staat aufgefordert, korrigierend einzugreifen durch:

- Einführung und Schutz eines Rechtsrahmens
- Setzung von Anreizen zur Begrenzung externer Effekte und
- zum Schutz der Benachteiligten in einer Gesellschaft.

Inbesondere die letzte Aufgabe führt zum Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“.

Wichtige Grundelemente der Sozialen Marktwirtschaft

In einer Sozialen Marktwirtschaft hält sich der Staat nicht gänzlich aus dem Wirtschaftsgeschehen heraus. Die genannten Probleme freier Marktwirtschaften führen dazu, dass der Staat auf mehreren Gebieten tätig wird.

So sorgt er z. B. für die geltenden „Spielregeln“, d. h. er bestimmt die Rahmenbedingungen, unter denen gewirtschaftet wird und er ergreift Maßnahmen zum Schutz der Marktwirtschaft. Diese Aufgaben bezeichnet man als **Ordnungspolitik**. Unter ordnungspolitischen Maßnahmen fallen z. B. die Eigentumsgarantie, die Vertragsfreiheit, die Einrichtung einer Wettbewerbsordnung, die Gewerbefreiheit, das Währungsmonopol, Arbeitsgesetze, Umweltbestimmungen.

Der Staat bietet aber auch eigene Güter an, die im Rahmen einer freien Marktwirtschaft nicht oder nur zu hohen Preisen angeboten würden. Dazu gehören z. B. Kollektivgüter, meritorische Güter und Monopolgüter. Kann ein Anbieter Konsumenten nicht von der Nutzung seines Gutes ausschließen, wenn sie den verlangten Preis nicht zahlen (Kollektivgut), so wird er das Gut sicher nicht anbieten.

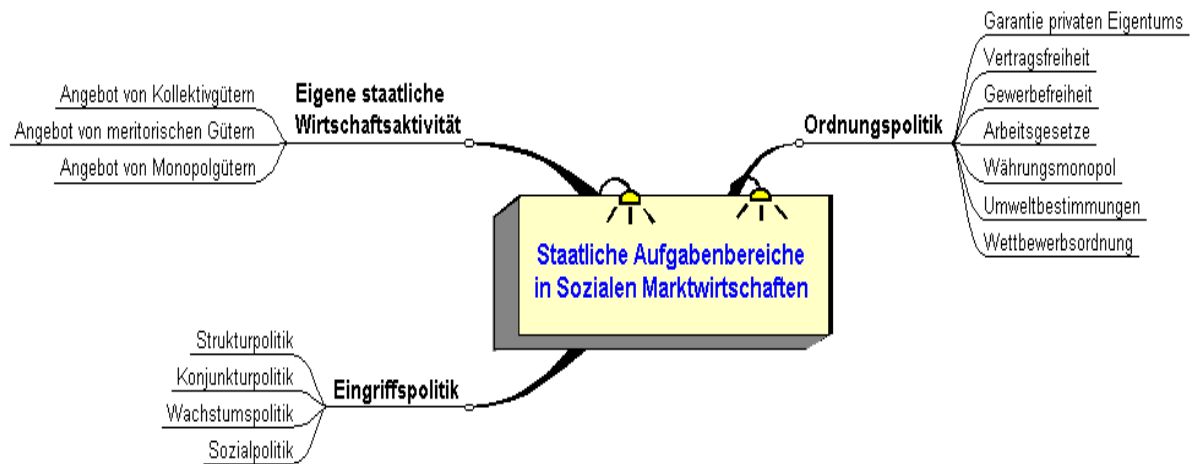
Beispiel: Ein Unternehmen betreibt eine Rundfunkstation ohne Werbung, die Sendungen werden terrestrisch übertragen und können von jedem handelsüblichen Radio empfangen werden. In den Geschäftsbedingungen ist festgelegt, dass die Zuhörer für jede angefangene Stunde 2,00 € zu überweisen haben.

Für meritorische Güter gilt, dass man zwar nicht zahlungswillige Konsumenten von der Nutzung eines Gutes ausschließen könnte. Dennoch ist es gesellschaftlich wünschenswert, dass möglichst viele das Gut konsumieren. Ein Beispiel für meritorische Güter ist z. B. der Schulbesuch.

Auch Monopolgüter werden zuweilen vom Staat angeboten, wenn zu befürchten ist, dass ein privates Unternehmen seine Alleinstellung am Markt unangemessen ausnutzen würde.

Tritt der Staat selbst als Anbieter von Gütern auf, so sagt man auch, der Staat entfalte „**Eigene Staatliche Wirtschaftsaktivität**“.

Schließlich legt der Staat nicht nur den Rahmen für das Wirtschaften fest und bietet bestimmte Güter zum „Wohle der Allgemeinheit“ an, er greift auch zur Korrektur in die Privatwirtschaft ein. Im Rahmen dieser **Eingriffspolitik** betreibt der Staat Strukturpolitik, er betreibt Konjunktur- und Wachstumspolitik und er wird verteilungspolitisch aktiv (Verteilungs- bzw. Sozialpolitik).



Alle diese Tätigkeitsfelder der Staates haben einen mehr oder weniger engen Bezug zu den Schwächen und Problemen der freien Marktwirtschaft und machen unser System sozial verträglich.

Auf die Politikgebiete Wettbewerbspolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik, Konjunktur und Strukturpolitik wird im folgenden näher eingegangen.